



**Ausgewählte Ergebnisse  
der Politikpanel Deutschland Umfrage September/Oktober  
2023**

**12.10.2023**

Prof. Dr. Uwe Wagschal  
Dr. Sebastian Jäckle

unter Mitarbeit von Dr. James Kenneth Timmis

**Kontakt:**

Prof. Dr. Uwe Wagschal  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg  
Seminar für Wissenschaftliche Politik  
Werthmannstraße 12  
79085 Freiburg  
E-Mail: [politikpanel@politik.uni-freiburg.de](mailto:politikpanel@politik.uni-freiburg.de)



# Inhaltsverzeichnis

<b>A: Umfragedauer</b> .....	<b>2</b>
<b>B: Alter &amp; Geschlecht</b> .....	<b>2</b>
<b>C: Alter &amp; Bundesland</b> .....	<b>3</b>
<b>1. Krisenwahrnehmung und Zukunftsängste</b> .....	<b>4</b>
<b>2. Einstellung zur Regierung und Ansichten zum politischen System generell</b> .....	<b>9</b>
<b>3. Spaltung der Gesellschaft</b> .....	<b>11</b>
<b>4. Antisemitismus, Ansichten zu Meinungsfreiheit und Diktaturtendenzen, dem Islam und Geflüchteten</b> .....	<b>14</b>
<b>5. Ansichten zur AfD und einer möglichen Parteineugründung durch Sahra Wagenknecht</b> .....	<b>18</b>

Das Politikpanel Deutschland ist eine Online-Befragung der Universität Freiburg unter der Leitung von Prof. Dr. Uwe Wagschal (Seminar für Wissenschaftliche Politik), die seit der Bundestagswahl 2017 in unregelmäßigen Abständen durchgeführt wird. Dabei wurden bislang mehrere zehntausend Personen befragt.

Die vorliegende Befragung wurde im Zeitraum vom 28. September bis 08. Oktober 2023 durchgeführt. Insgesamt haben an der Umfrage 10.038 Personen teilgenommen, wobei 9.007 den Fragebogen beendeten.

Die Teile A-C geben einen Überblick über den ungewichteten Datensatz.

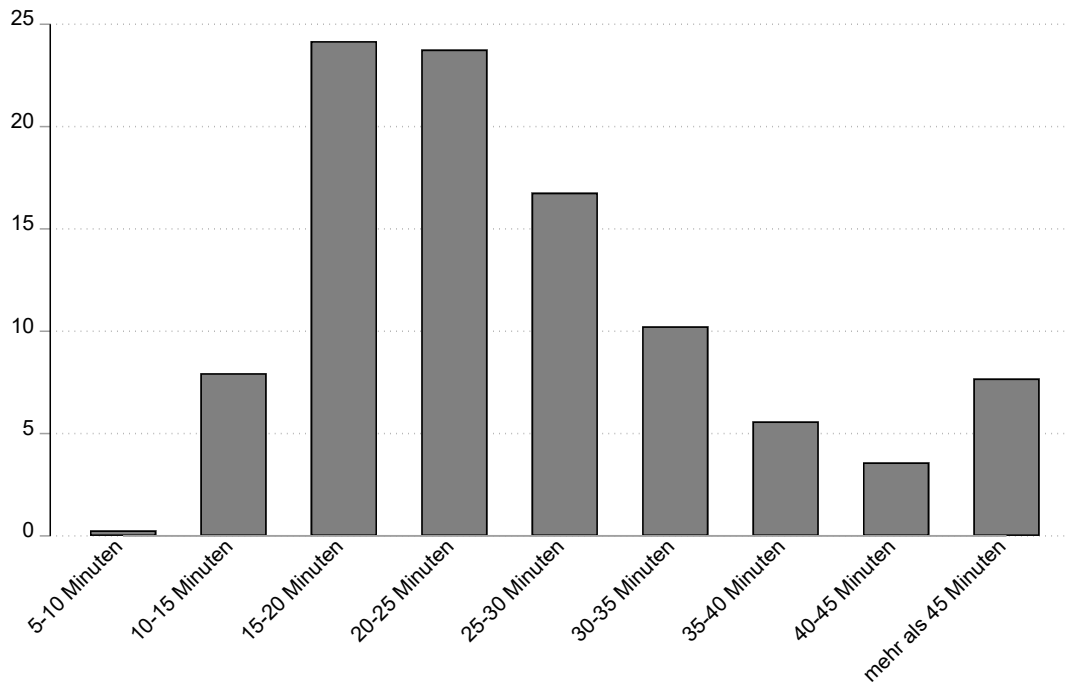
Für alle weiteren Analysen (1-5) werden die Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ein Proportional Iterative Fitting Verfahren (Raking) anhand der Randhäufigkeiten von Altersgruppe (18-30, 31-45, 46-60, 60+), Geschlecht (m/w), Bundesland und Sonntagsfrage<sup>1</sup> an die reale Verteilung in der Bevölkerung angepasst. Durch diese Gewichtung ist es möglich, ähnlich wie bei einer Zufallsstichprobe, verallgemeinerbare Aussagen über die gesamte Bevölkerung anzustellen. Diese Gewichtung sowie die bei allen Fragen gegebene Möglichkeit keine Antwort zu geben, erklären auch die Differenzen in der Gesamtfallzahl in den folgenden Auswertungen.

---

<sup>1</sup> Für die Sonntagsfrage wird beim Raking auf den Mittelwert der vier folgenden repräsentativen Umfragen zurückgegriffen: Kantar Emnid 23.09.2023, Forsa 26.09.2023, Forschungsgruppe Wahlen 15.09.2023 und Infratest dimap 28.09.2023.

## A: Umfragedauer

Ungewichtet in Prozent aller Teilnehmenden, welche die Umfrage ohne Unterbrechung beendet haben (N = 8.393)



Die durchschnittliche Umfragedauer lag bei etwa 26:35 Minuten, mit einer Standardabweichung von etwa 12:20 Minuten. 614 Personen haben nach einer längeren Unterbrechung die Umfrage beendet. Für diese ist keine Umfragedauer ausgewiesen. 1031 Personen haben die Umfrage begonnen, aber nicht beendet. Diese haben im Durchschnitt 6:45 Minuten auf der Online-Seite der Umfrage verbracht.

## B: Alter & Geschlecht

Ungewichtete absolute Anzahl an Teilnehmenden, welche die Umfrage beendet haben

Geschlecht	Altersgruppen					Summe
	18-30	31-45	46-60	> 60	k.A.	
männlich	764	1234	1765	1851	12	5626
weiblich	404	808	1113	941	2	3268
nicht binär	23	16	7	0	0	46
k.A.	6	14	26	19	2	67
Summe	1197	2072	2911	2811	16	9007

Männer sind in der Umfrage überrepräsentiert. Dies ist ein bekanntes Phänomen bei sich selbst rekrutierenden Online-Umfragen. In Bezug auf die Altersverteilung hingegen ist diese Umfrage des Politikpanel Deutschland relativ gut repräsentativ. Es sind sowohl junge wie auch ältere Personen vertreten.

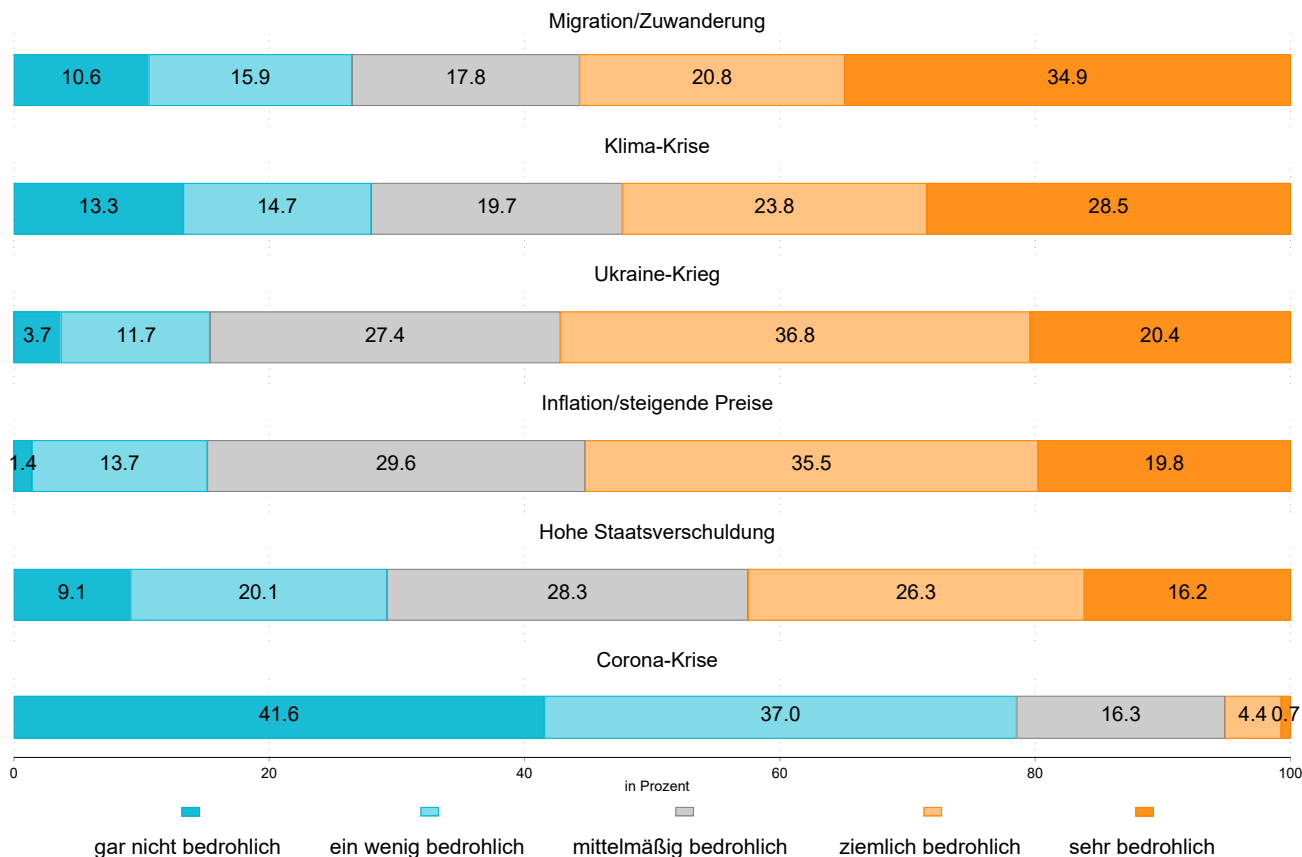
### C: Alter & Bundesland

Ungewichtete absolute Anzahl an Teilnehmenden, welche die Umfrage beendet haben

Bundesland	Altersgruppen					Summe
	18-30	31-45	46-60	> 60	k.A.	
Baden-Württemberg	307	462	688	836	9	2302
Bayern	187	341	382	284	2	1196
Berlin	64	102	110	77	0	353
Brandenburg	21	36	61	63	0	181
Bremen	16	57	120	213	0	406
Hamburg	20	39	57	44	0	160
Hessen	75	138	186	121	0	520
Mecklenburg-Vorpommern	12	29	37	43	0	121
Niedersachsen	91	163	247	226	3	730
Nordrhein-Westfalen	192	355	561	497	1	1606
Rheinland-Pfalz	32	76	112	119	0	339
Saarland	16	20	31	19	0	86
Sachsen	54	96	103	68	1	322
Sachsen-Anhalt	15	32	36	28	0	111
Schleswig-Holstein	36	52	97	78	0	263
Thüringen	42	55	59	59	0	215
Ausland	15	17	23	33	0	88
k.A.	2	2	1	3	0	8
Summe	1197	2072	2911	2811	16	9007

## 1. Krisenwahrnehmung und Zukunftsängste

Abbildung 1.1: Antworten auf die Frage: Die heutige Zeit ist von vielen Krisen geprägt. Für wie bedrohlich halten Sie die folgenden Krisen?



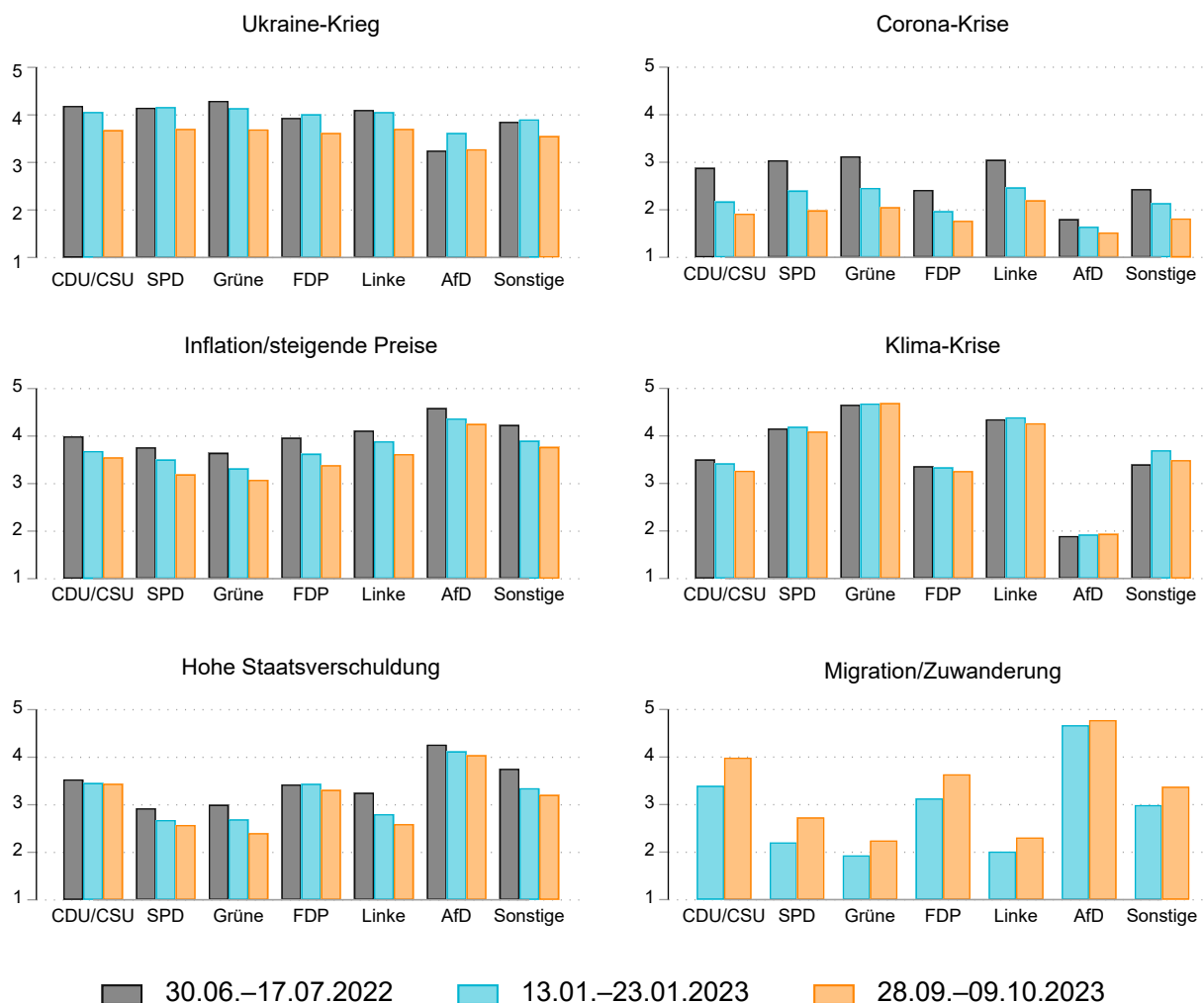
Während sich die Corona-Pandemie mittlerweile nur noch für etwa fünf Prozent der Befragten als ziemlich oder sehr bedrohlich darstellt, werden Migration/Zuwanderung, die Klima-Krise, der Ukraine-Krieg sowie Inflation/hohe Preise von jeweils mehr als 50 Prozent der Befragten als ziemlich oder sehr bedrohlich eingeschätzt (vgl. Abb. 1.1). Am bedrohlichsten wird dabei das Thema Migration/Zuwanderung gesehen, bei dem nur gut 10 Prozent der Befragten keinerlei Bedrohung erkennen, wohingegen 35 Prozent eine sehr große Bedrohung sehen. Interessant ist darüber hinaus, dass nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der Befragten die steigenden Preise und die Inflation als überhaupt nicht bedrohlich auffasst, im Gegensatz beispielsweise zur Klima-Krise, bei der mehr als 13 Prozent keinerlei Bedrohung erkennen. Dieser Befund zeigt bereits eine gewisse Unterschiedlichkeit in der Polarisierung der Gesellschaft je nach Themengebiet. Während sich bei den Themen Klimakrise und Migration/Zuwanderung zwei stark polarisierte Lager gegenüberstehen, sind beim Thema Inflation die beiden Extreme („gar nicht bedrohlich“ und „sehr bedrohlich“) deutlich schwächer, die Mittelkategorie („mittelmäßig bedrohlich“) hingegen am stärksten besetzt.

Im Vergleich zum letzten Politikpanel aus dem Januar 2023 fallen in erster Linie zwei Veränderungen auf: auf der einen Seite hat die Bedrohungswahrnehmung der Corona-Krise sowie des Ukraine-Krieges relativ deutlich abgenommen, auf der anderen Seite die durch Migration/Zuwanderung zugenommen. Zeigte sich im Januar bei der Migrationsfrage noch eine fast perfekt symmetrische Teilung der Befragten (knapp 40 Prozent sahen hier eine Bedrohung, etwas mehr als 40 Prozent sahen keine), so sind es mittlerweile etwa 56 Prozent, die bei diesem Thema von einer Bedrohung ausgehen.

Die Wahrnehmung der Krisen unterscheidet sich dabei wie in vorherigen Politikpanel Deutschland Umfragen zum Teil deutlich danach, welche Partei die Befragten bei der nächsten Bundestagswahl wählen würden (vgl. Abb. 1.2). Insbesondere die AfD-Anhänger/innen stechen hier heraus. Sie sehen weiterhin den Ukraine-Krieg, aber auch die Corona-Pandemie und vor allem die Klima-Krise als deutlich weniger bedrohlich als es die Anhänger/innen der anderen Parteien tun. Gleichzeitig sind die AfD-Anhänger/innen diejenigen, die die Inflation und die Krise der öffentlichen Finanzen (Staatsverschuldung) als sehr bedrohlich wahrnehmen. Beim Thema Migration/Zuwanderung zeigt sich bei den Anhänger/innen fast aller Parteien eine deutliche Zunahme der Bedrohungswahrnehmung. Besonders stark fällt diese mit im Durchschnitt mehr als 0,5 Punkten auf der 5-Punkte-Bedrohungs-Skala bei den Anhänger/innen von CDU/CSU, FDP und SPD aus. Bei denjenigen, die die AfD wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, war die Bedrohungswahrnehmung hingegen bereits im Januar 2023 fast am Maximum und konnte entsprechend nicht mehr weiter steigen. Von den Anhänger/innen der Grünen und der Linken wird Migration/Zuwanderung durchschnittlich weiterhin als vergleichsweise wenig bedrohliches Thema betrachtet. Zwar sehen auch diese Befragten Migration/Zuwanderung mittlerweile als bedrohlicher als die Corona-Krise, aber im Vergleich zu den anderen abgefragten Krisen ist bei den Anhänger/innen dieser beiden Parteien hier doch eine deutlich geringere Bedrohungsperzeption vorhanden.

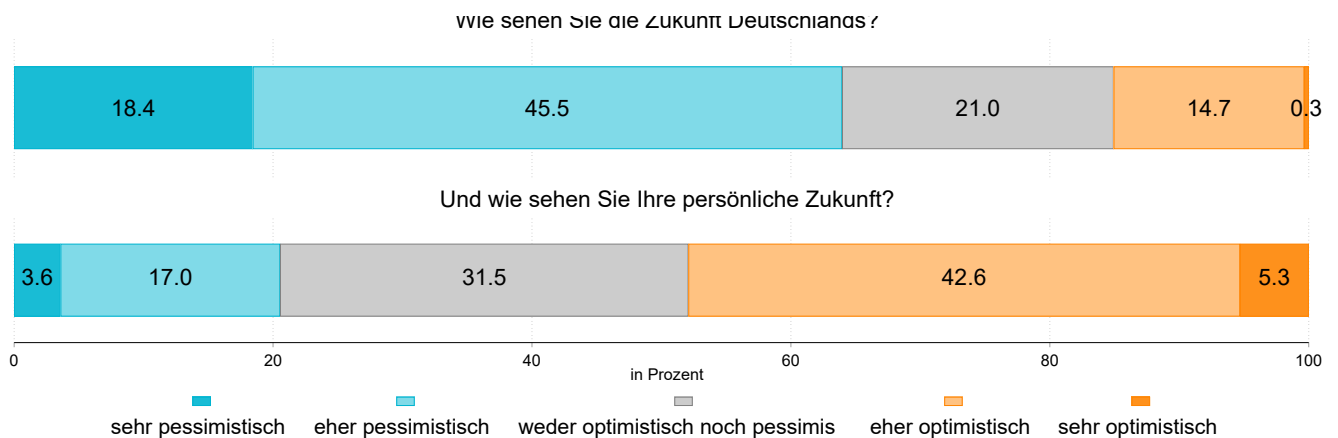
Interessant ist zudem, wie einerseits über alle Parteien die Bedrohungswahrnehmung durch den Ukraine-Krieg, die Corona-Krise und die Inflation in sehr ähnlichem Umfang zurückgeht. Auf der anderen Seite gibt es bei der Staatsverschuldung offensichtlich zwei Gruppen. Während Anhänger/innen von CDU/CSU, FDP und AfD die hohe Staatsverschuldung über die drei Befragungsrunden hinweg relativ gleichmäßig als mittelgroße bis große Bedrohung wahrnehmen, hat sich die Bedrohungswahrnehmung hier bei Anhänger/innen von SPD, Grünen, Linken und Sonstigen Parteien über die letzten 15 Monate hinweg deutlich verringert. Die Wahrnehmung der Bedrohlichkeit der Klima-Krise wiederum ist über die drei Umfragen hinweg bei allen Parteien sehr stabil, einzig bei den Anhänger/innen der Unionsparteien ist ein leichter Rückgang in der Bedrohungswahrnehmung zu erkennen.

Abbildung 1.2: Mittelwert Krisenwahrnehmung nach Sonntagsfrage (1 = gar nicht bedrohlich; 5 = sehr bedrohlich) im Vergleich mit den Umfragen aus Juni/Juli 2022 und Januar 2023



Bei der Frage, wie optimistisch, bzw. pessimistisch die Befragten einerseits die Zukunft Deutschlands und andererseits ihre eigene persönliche Zukunft einschätzen zeigt sich eine deutliche Diskrepanz (vgl. Abb. 1.3). Während die Zukunft des Landes mehrheitlich (64 Prozent) sehr oder ziemlich pessimistisch gesehen wird und v.a. hier fast niemand eine sehr positive Sicht auf die Zukunft Deutschlands hat, sind die Befragten weitaus weniger pessimistisch im Hinblick auf ihre eigene, persönliche Zukunft. Nur etwa 20 Prozent sind hier eher oder sehr pessimistisch.

Abbildung 1.3: Antworten auf die Fragen: Wie sehen Sie die Zukunft Deutschlands? Und wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft?

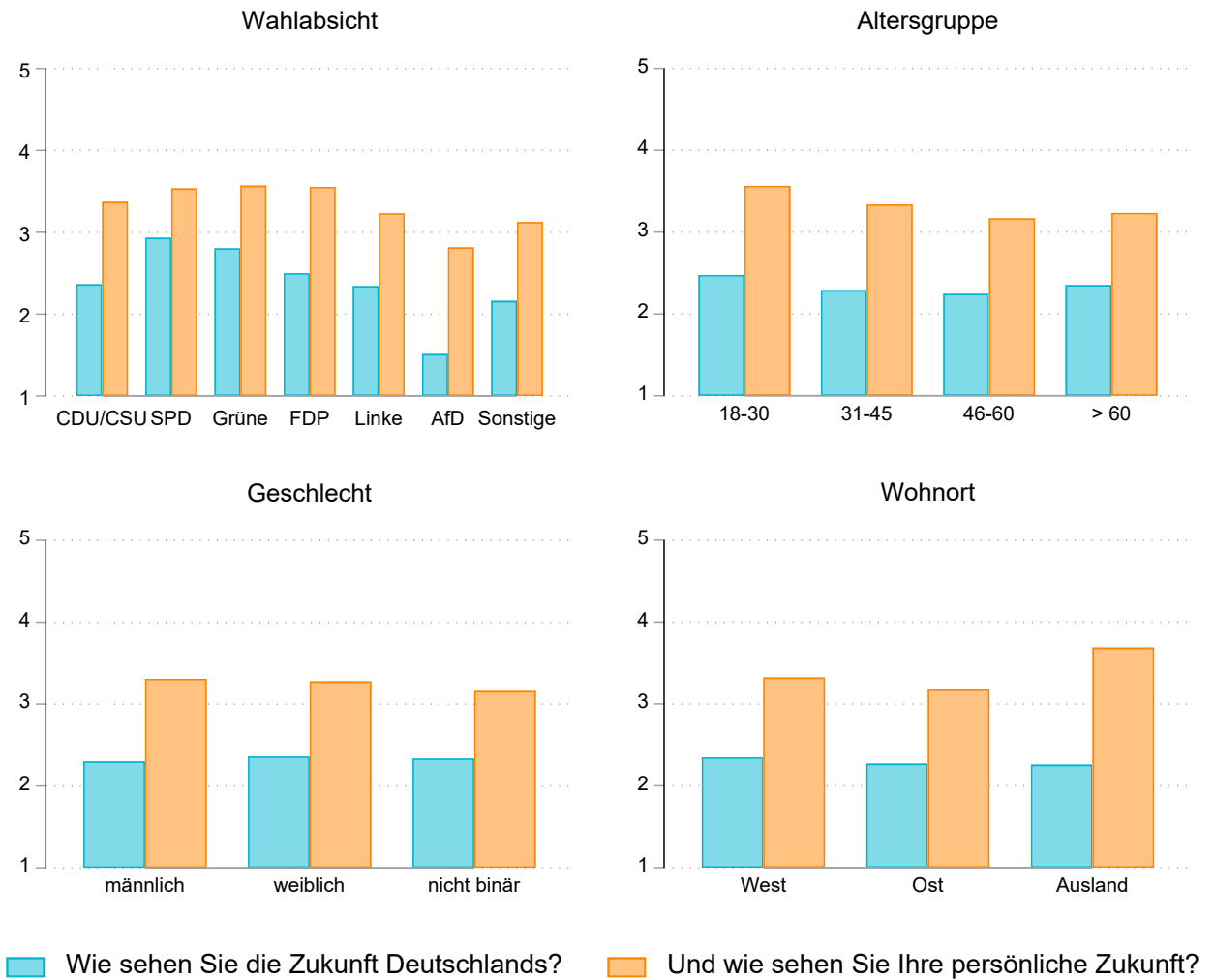


Betrachtet man die Mittelwerte dieser beiden Fragen nach Wahlabsicht (Sonntagsfrage), Altersgruppe, Geschlecht und Wohnort in West- oder Ostdeutschland (vgl. Abb. 1.4) lassen sich die folgenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede konstatieren:

- Die persönliche Zukunft wird in sämtlichen Untergruppen positiver eingeschätzt als die Zukunft Deutschlands.
- Am positivsten auf die Zukunft Deutschlands blicken Anhänger/innen von SPD und Grünen. Weniger positiv gestimmt sind diejenigen von CDU/CSU, FDP und Linke sowie den Sonstigen Parteien. Mit weitem Abstand folgen dann die Anhänger/innen der AfD, die im Durchschnitt die Zukunft Deutschlands mit einem Wert von 1,5 zwischen eher und sehr pessimistisch einschätzen.
- Was die persönliche Zukunft anbelangt, wird diese von den Anhänger/innen der Unionsparteien, der SPD, der Grünen und der FDP relativ ähnlich (leicht positiv) eingeschätzt (Mittelwerte 3,3 bis 3,5). Die AfD-Anhänger/innen sind hingegen die einzigen, die hier ebenfalls im Durchschnitt eher leicht pessimistisch (Mittelwert 2,8) auf die persönliche Zukunft blicken.
- Die jüngste Altersgruppe (18-30 Jahre) hat eine etwas optimistischere Sichtweise auf die eigene persönliche Zukunft als die drei älteren Altersgruppen. In Bezug auf die Zukunft des Landes finden sich die am wenigsten pessimistischen Ansichten ebenfalls in dieser und in der ältesten Altersgruppe. Insgesamt sind die Unterschiede nach Altersgruppen jedoch gering.
- Nach Geschlecht lassen sich so gut wie keine Unterschiede feststellen, weder was die Zukunft Deutschlands noch die eigene Zukunft anbelangt.
- In Bezug auf den Wohnort sind die Unterschiede ebenfalls marginal. Die persönliche Zukunft wird von Personen mit Wohnsitz in Westdeutschland minimal optimistischer eingeschätzt als von Befragten aus Ostdeutschland.

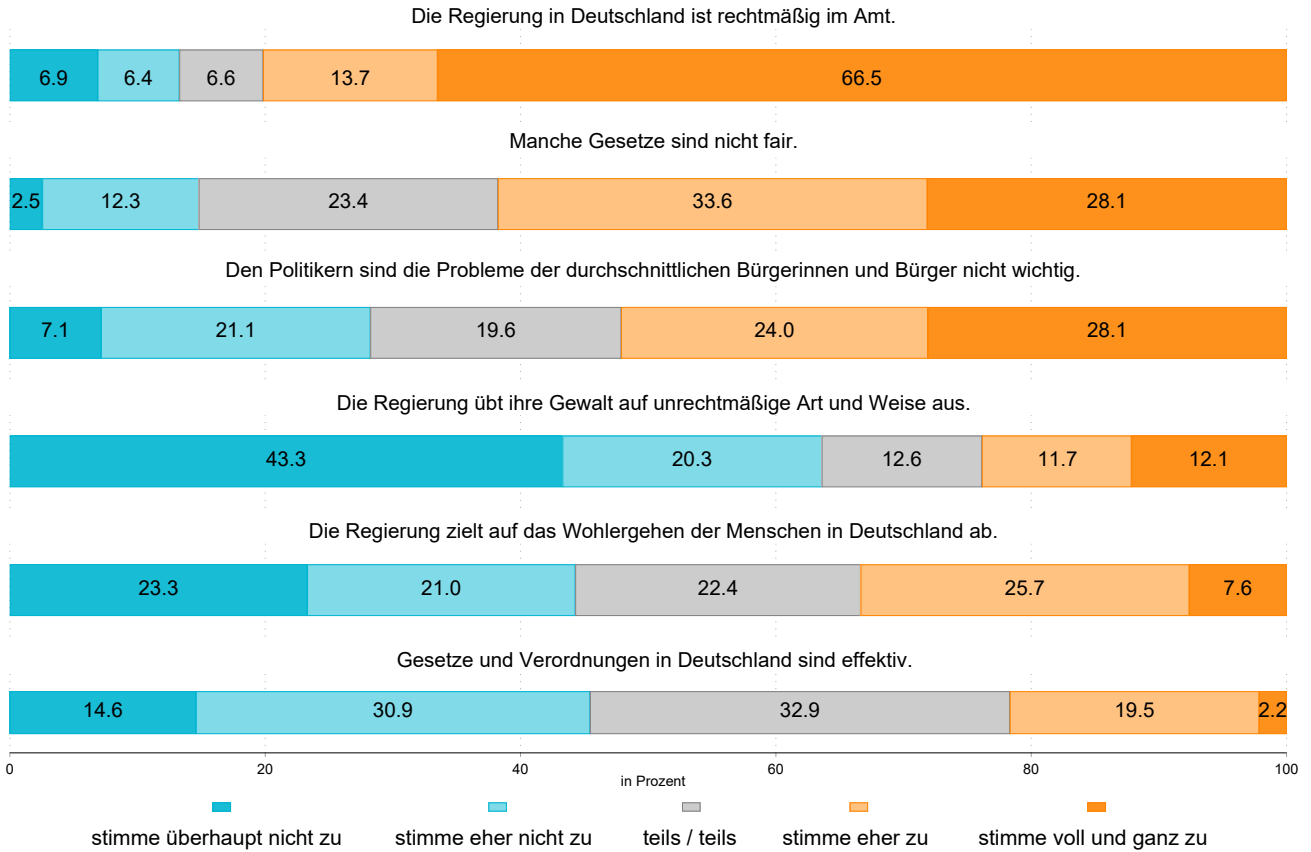


Abbildung 1.4: Mittelwerte der Antworten zu „Wie sehen Sie die Zukunft Deutschlands?“ „Und wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft?“ nach Wahlabsicht, Altersgruppe, Geschlecht und Wohnort (1 = sehr pessimistisch; 5 = sehr optimistisch)



## 2. Einstellung zur Regierung und Ansichten zum politischen System generell

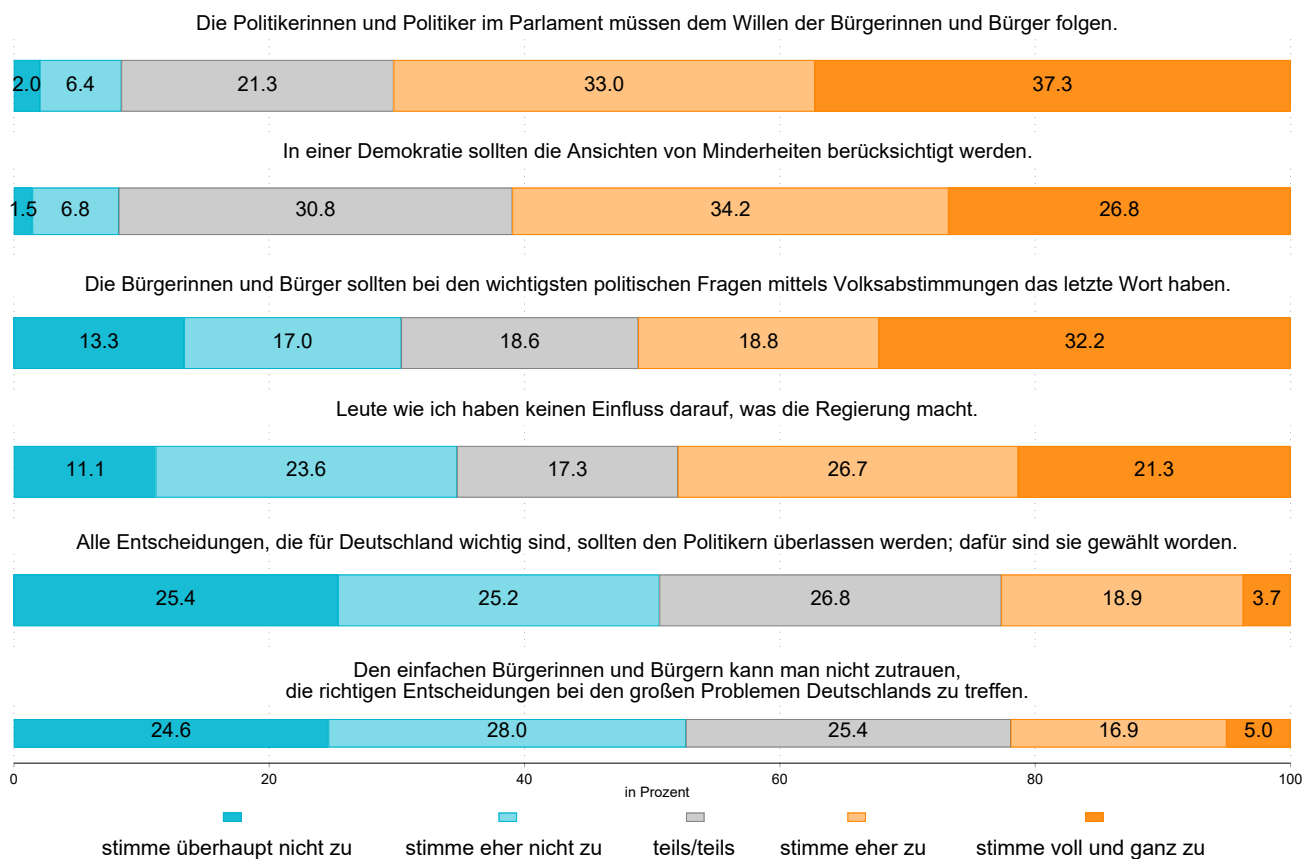
Abbildung 2.1: Antworten auf die Frage: In Bezug auf die deutsche Politik gibt es unterschiedliche Ansichten. Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?



Für eine deutliche Mehrheit von etwa 80 Prozent der Befragten ist die Regierung in Deutschland rechtmäßig im Amt, gleichwohl sind es auch über 13 Prozent, die dieser Aussage eher oder überhaupt nicht zustimmen. Im Bezug auf die Ausübung der Regierungsgewalt sind sogar etwa 24 Prozent der Meinung, dass die Regierung ihre Gewalt auf unrechtmäßige Art und Weise ausübt.

Der Aussage, dass Gesetze manchmal nicht fair sind, stimmen mehr als 60 Prozent zu, etwas über 50 Prozent sind zudem der Meinung, dass die Probleme der durchschnittlichen Bürgerinnen und Bürger den Politikern nicht wichtig sind. Etwa 33 Prozent sind der Meinung, dass die Regierung auf das Wohlergehen der Menschen in Deutschland abzielt, 45 Prozent hingegen sehen dies nicht so. Die Effektivität von Gesetzen wird generell sehr kritisch gesehen. Nur etwa 21 Prozent der Befragten stimmen der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass Gesetze und Verordnungen in Deutschland effektiv sind.

Abbildung 2.2: Antworten auf die Frage: Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

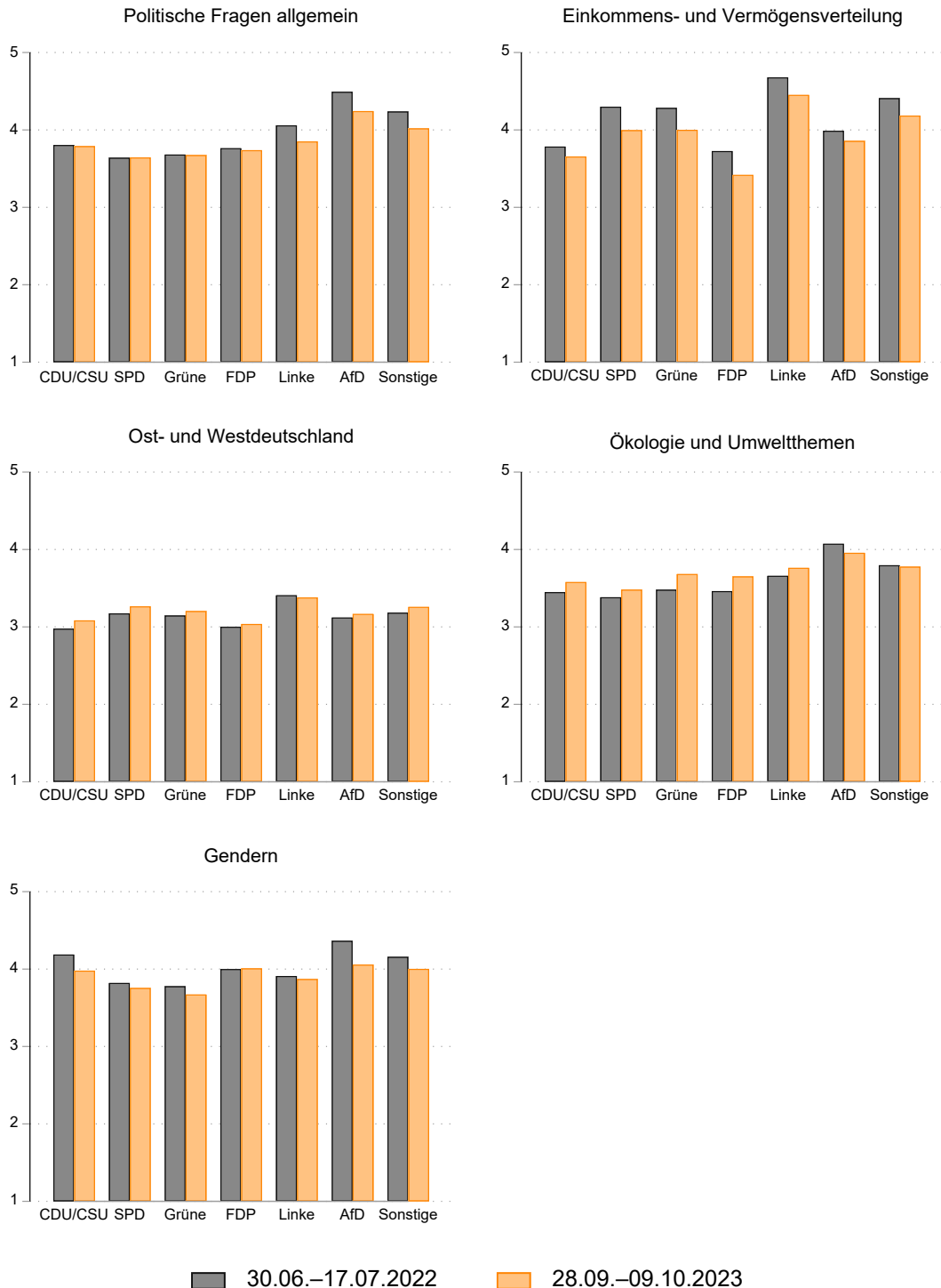


Etwa 70 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Politikerinnen und Politiker im Parlament dem Willen der Bürgerinnen und Bürger folgen müssen. 60 Prozent stimmen der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass die Ansichten von Minderheiten in einer Demokratie zu berücksichtigen sind und etwa 50 Prozent sind der Meinung, dass die Bürgerinnen und Bürger bei Volksabstimmungen das letzte Wort haben sollten. Knapp die Hälfte der Befragten stimmt daneben der Aussage zu, dass sie keinen Einfluss darauf hätten, was die Regierung macht.

Sowohl bei der Frage, ob wichtige Fragen der Politik überlassen werden sollten, als auch bei der Frage ob man den Bürgerinnen und Bürgern zutrauen kann auch wichtige politische Entscheidungen zu treffen, sieht die Verteilung der Antworten relativ ähnlich aus. Nur etwas mehr als 20 Prozent stimmen den Aussagen zu, dass man den Bürgerinnen und Bürgern keine wichtigen Entscheidungen zutrauen könnte sowie solche Entscheidungen den Politiker/innen überlassen werden sollten.

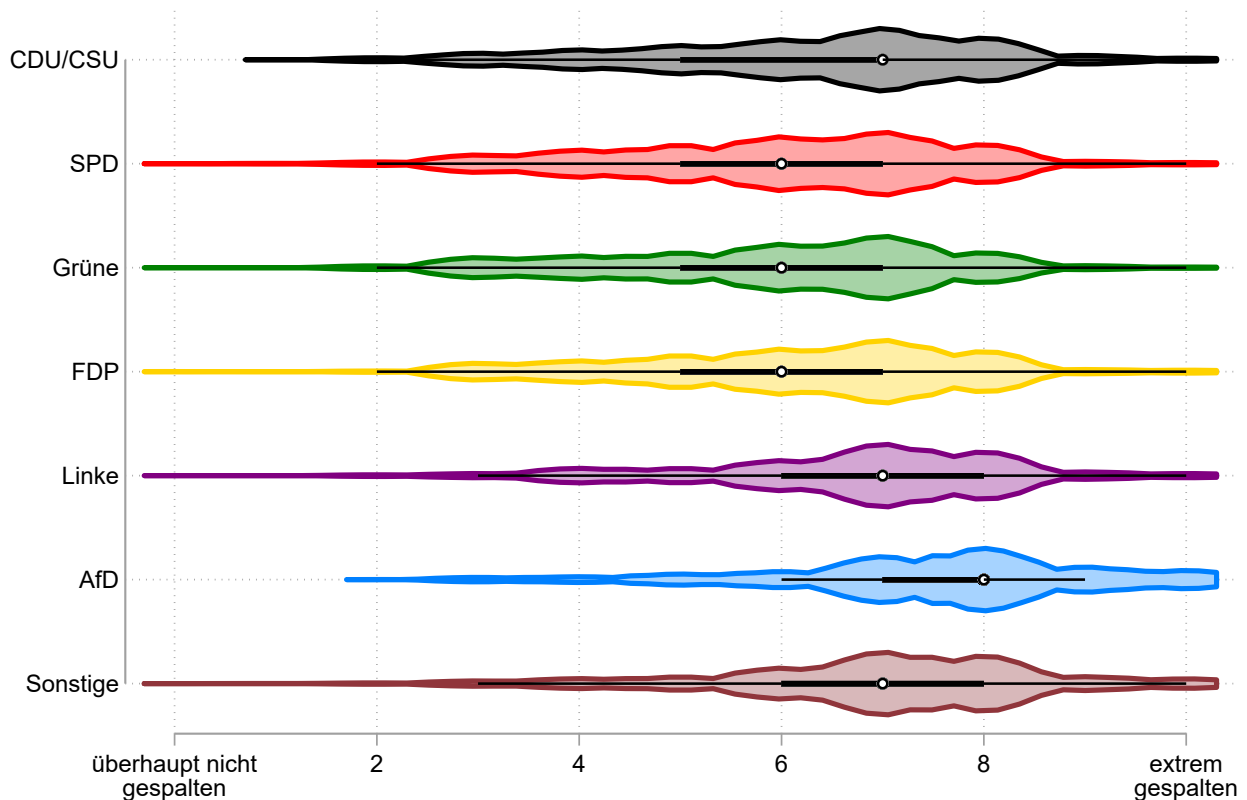
### 3. Spaltung der Gesellschaft

Abbildung 3.1: Mittelwerte der Antworten auf die Frage „Für wie gespalten halten Sie die Gesellschaft in Bezug auf die folgenden Bereiche?“ nach Sonntagsfrage (1 = gar nicht gespalten; 5 = sehr stark gespalten) im Vergleich mit den Umfragen aus Juni/Juli 2022



In Bezug auf die meisten Themen hat die wahrgenommene Spaltung der Gesellschaft seit der Umfrage Juni/Juli 2022 leicht abgenommen. Die größte Spaltung in Bezug auf politische Fragen sehen weiterhin die Anhänger/innen der AfD. Die geringste Spaltung von den abgefragten Themen wird insgesamt zwischen Ost- und West gesehen. Die größten Unterschiede zeigen sich bei der wahrgenommenen Spaltung in Bezug auf die Einkommens- und Vermögensverteilung.

Abbildung 3.2: Verteilung der Antworten auf die Frage „Alles in Allem, für wie gespalten halten Sie die deutsche Gesellschaft insgesamt auf einer Skala von 0 bis 10?“ nach Sonntagsfrage

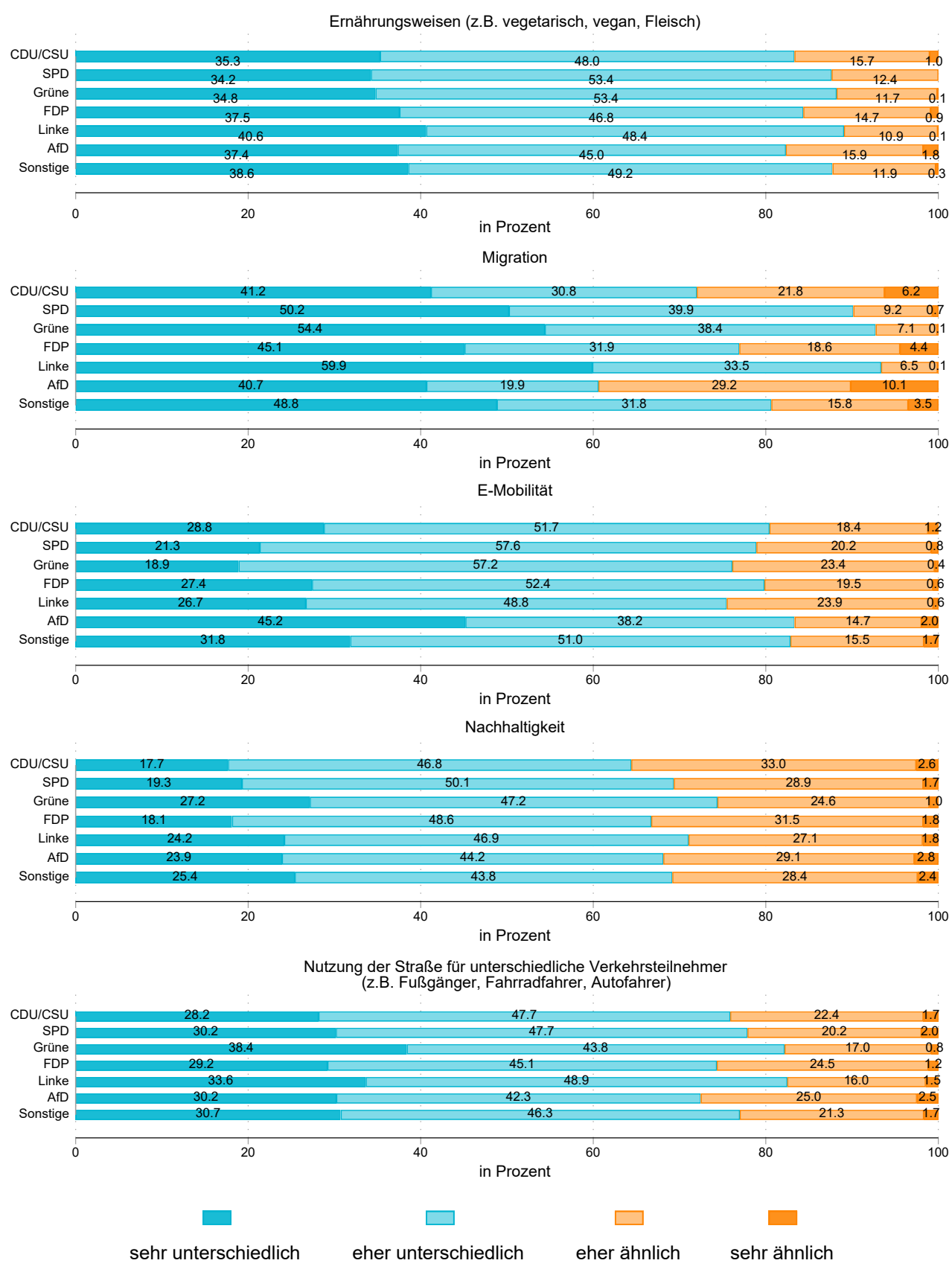


Anmerkung: Abgetragen sind die Verteilungen der Antworten auf die Frage „Alles in Allem, für wie gespalten halten Sie die deutsche Gesellschaft insgesamt auf einer Skala von 0 bis 10?“. Der weiße Punkt stellt den Median dar (50 Prozent der Antworten liegen über, 50 Prozent unter diesem Wert), innerhalb des breiteren Balkens in der Mitte liegen die mittleren 50 Prozent der Antworten, d.h. je 25 Prozent haben Werte unter bzw. über diesem Balken angegeben.

Bei der Frage „Alles in Allem, für wie gespalten halten Sie die deutsche Gesellschaft insgesamt auf einer Skala von 0 bis 10?“ sehen vor allem Anhänger/innen der AfD die deutsche Gesellschaft im Großen und Ganzen als extrem gespalten an: die Hälfte gibt einen Wert größer oder gleich 8 an (vgl. Abb. 3.2). Die Anhänger/innen von SPD, Grüne und FDP sehen die deutsche Gesellschaft weniger gespalten, doch auch hier gibt die Hälfte alle Befragten einen Wert größer oder gleich 6 an.

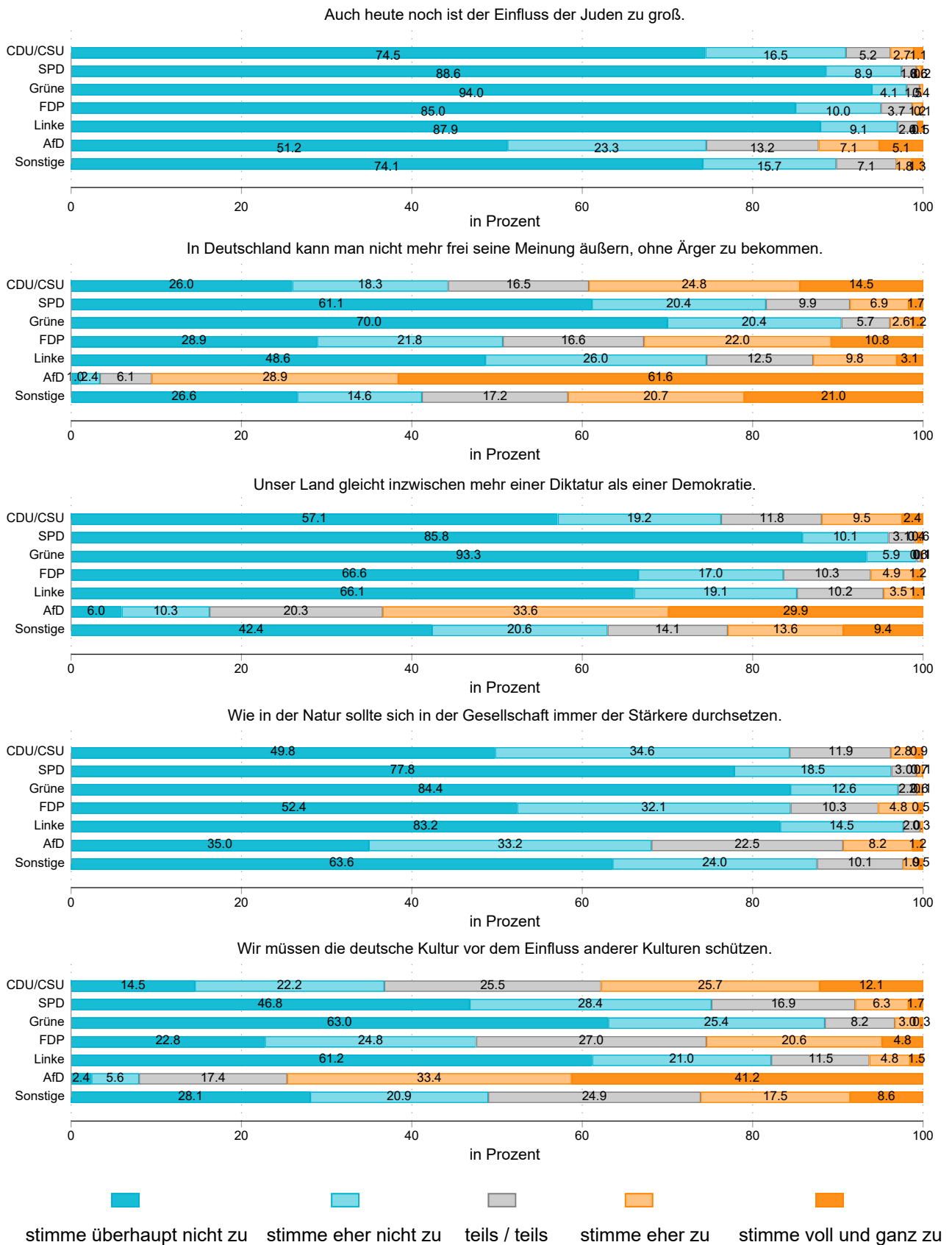
In Abbildung 3.3 zeigt sich, dass bei der Frage „Wie ähnlich oder unterschiedlich denkt die Gesellschaft Ihrer Meinung nach über folgende Themen?“ besonders bei den Themen *Ernährungsweisen*, *E-Mobilität* und *Nutzung der Straße für unterschiedliche Verkehrsteilnehmer* die Anhänger/innen aller Parteien eine starke Polarisierung sehen. Beim Thema *Ernährungsweise* sind es mehr als 80% der Befragten, die eine sehr unterschiedliche oder eher unterschiedliche Meinung der Gesellschaft wahrnehmen. Beim Thema *E-Mobilität* und *Nutzung der Straße für unterschiedliche Verkehrsteilnehmer* sind es mehr als 75%. Vor allem bei den Anhänger/innen der AfD gehen bei der *E-Mobilität* mehr als 45% von einer sehr unterschiedlichen Meinung der Gesellschaft aus. Beim Thema *Nachhaltigkeit* gibt es eine ähnliche Verteilung bei den Anhänger/innen aller Parteien; die Anhänger/innen der Grünen gehen mit mehr als 75% am stärksten davon aus, dass sich die Meinung der Gesellschaft sehr oder eher unterscheidet. Interessant ist darüber hinaus, dass die Anhänger/innen der AfD beim Thema *Migration* herausstechen und mit Abstand am wenigsten von einer unterschiedlichen Meinung in der Gesellschaft ausgehen. Anhänger/innen von SPD, Grüne und Linke hingegen gehen mit mehr als 90% davon aus, dass die Gesellschaft mit sehr oder eher unterschiedlicher Meinung über das Thema *Migration* nachdenkt.

Abbildung 3.3: Verteilung der Antworten auf die Frage „Wie ähnlich oder unterschiedlich denkt die Gesellschaft Ihrer Meinung nach über folgende Themen?“



#### 4. Antisemitismus, Ansichten zu Meinungsfreiheit und Diktaturtendenzen, dem Islam und Geflüchteten

Abbildung 4.1: Verteilung der Antworten auf die Frage „Es gibt ganz unterschiedliche Positionen zur aktuellen Situation in Deutschland. Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?“



Aus der Verteilung der Antworten auf die Frage „*Es gibt ganz unterschiedliche Positionen zur aktuellen Situation in Deutschland. Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?*“ (vgl. Abb. 4.1) lässt sich ablesen, dass mehr als 12% der Anhänger/innen der AfD der Aussage „Auch heute ist der Einfluss der Juden noch zu groß.“ voll und ganz oder eher zustimmen. Der Aussage „Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie.“ stimmen ebenfalls mehr als 12% der Anhänger/innen der CDU voll und ganz oder eher zu. Bei den Anhänger/innen der AfD sind es über 63%. Die Anhänger/innen der AfD stechen auch bei der Aussage, ob die deutsche Kultur vor der dem Einfluss anderer Kulturen geschützt werden müsse, mit fast 75% heraus, die dieser Aussage voll und ganz oder eher zustimmen.

Aus der Verteilung der Antworten auf die Frage „*Über den Islam gibt es unterschiedliche Ansichten. Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?*“ (vgl. Abb. 4.2) lässt sich auf die Haltung der Befragten gegenüber dem Islam schließen. Es zeigt sich, dass die Mehrheit der Anhänger/innen von AfD und CDU nicht möchten, dass der muslimische Gebetsruf erlaubt sein sollte und nicht glauben, dass der Islam grundsätzlich eine tolerante Religion ist. Zudem stimmt fast die Hälfte der Anhänger/innen der AfD der Aussage „Personen aus muslimischen Ländern wollen sich zumeist nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren“ voll und ganz zu. Die Anhänger/innen der anderen Parteien sind in Bezug auf die Einstellungen zum Islam größtenteils unentschieden bzw. gespalten. Nur bei den Aussagen bezüglich der Anzahl der Muslime in Deutschland und ob der Islam eine Religion wie jede andere ist, stimmt der Großteil der Anhänger/innen von SPD, Grüne und Linke eher oder voll und ganz zu.

Bei der Verteilung der Antworten auf die Frage, wie die Teilnehmenden zu Aussagen zum Thema Geflüchtete Menschen, die in Deutschland leben, stehen, zeigt die Auswertung nach Sonntagsfrage eine relativ große Unterschiedlichkeit der Befragten (vgl. Abb. 4.3). Ca. 25-30% der Anhänger/innen von CDU, FDP und Sonstige antworteten auf die Aussage, ob die deutsche Gesellschaft von Geflüchteten, die hier leben, gefährdet wird, mit *teils / teils*. Mehr als 85% der Anhänger/innen der AfD stimmen der Aussage eher oder sogar voll und ganz zu. Auch bei der Aussage, dass Kinder von Geflüchteten gemeinsam mit deutschen Kindern in einer Klasse unterrichtet werden, antworteten ca. 25% der Anhänger/innen der CDU/CSU, FDP und Sonstige mit *teils / teils*; bei der AfD sind es sogar 30%. Am unschlüssigsten sind sich die Anhänger/innen von CDU/CSU und FDP bei der Bewertung der Aussage, dass Geflüchtete nur nach Deutschland kommen, um von dessen Sozialstaat zu profitieren (mehr als 40%).



Abbildung 4.2: Verteilung der Antworten auf die Frage „Über den Islam gibt es unterschiedliche Ansichten. Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?“

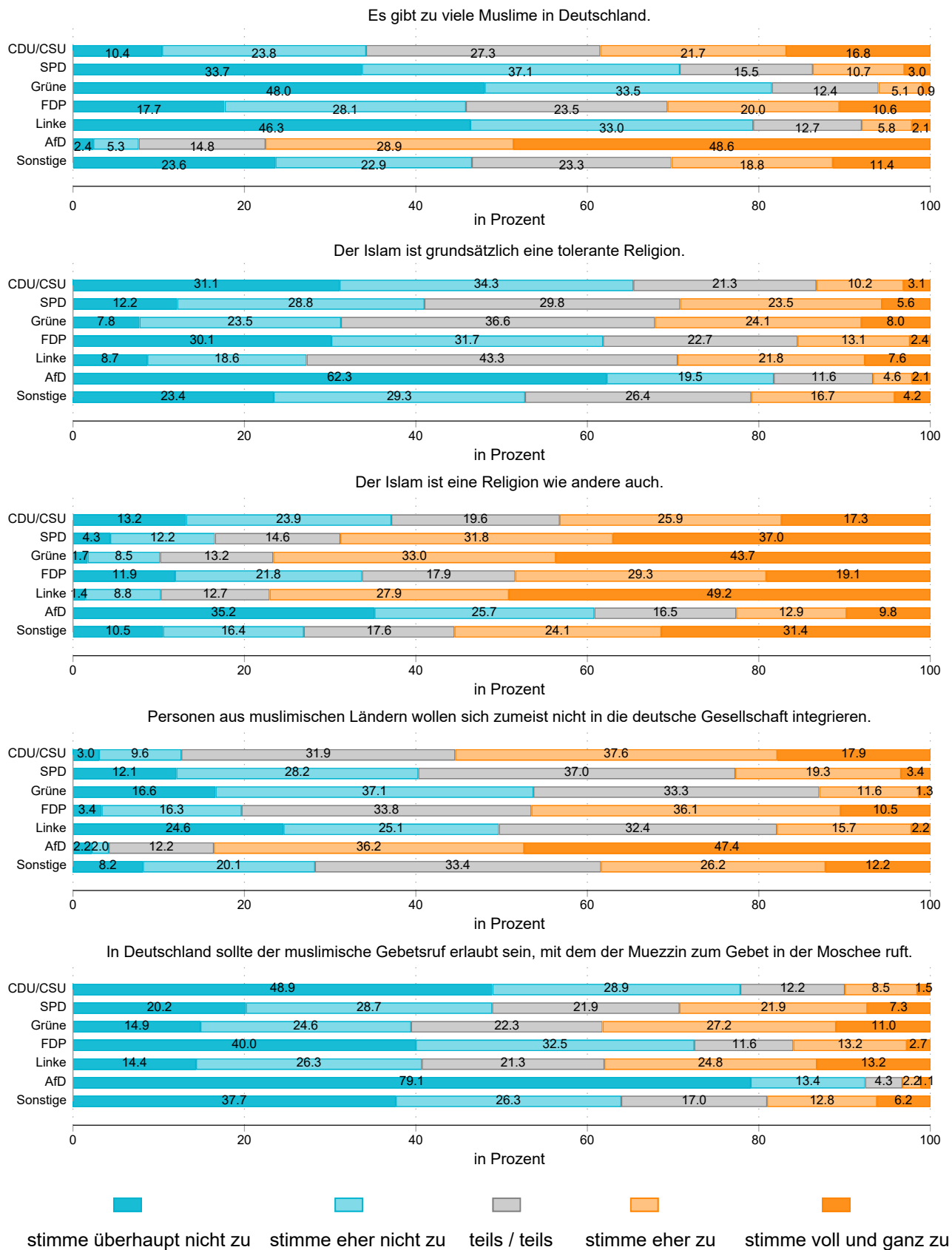
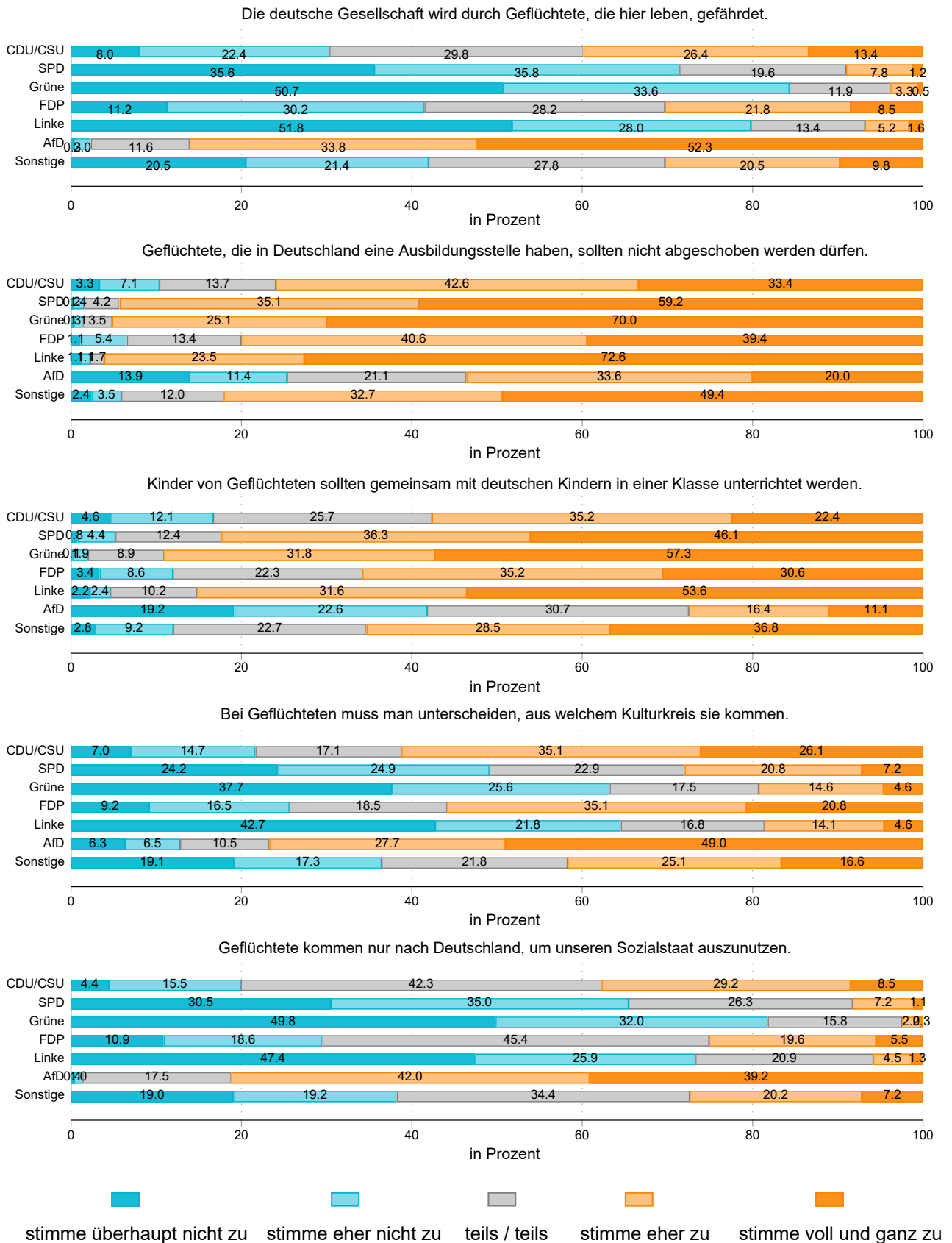


Abbildung 4.3: Verteilung der Antworten auf die Frage „Die folgenden Aussagen beschäftigen sich mit Menschen, die als Geflüchtete in Deutschland leben. Wie stehen Sie zu diesen Aussagen?“



## 5. Ansichten zur AfD und einer möglichen Parteineugründung durch Sahra Wagenknecht

Abbildung 5.1: Verteilung der Antworten auf die Frage „Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen zur AfD?“ nach Sonntagsfrage

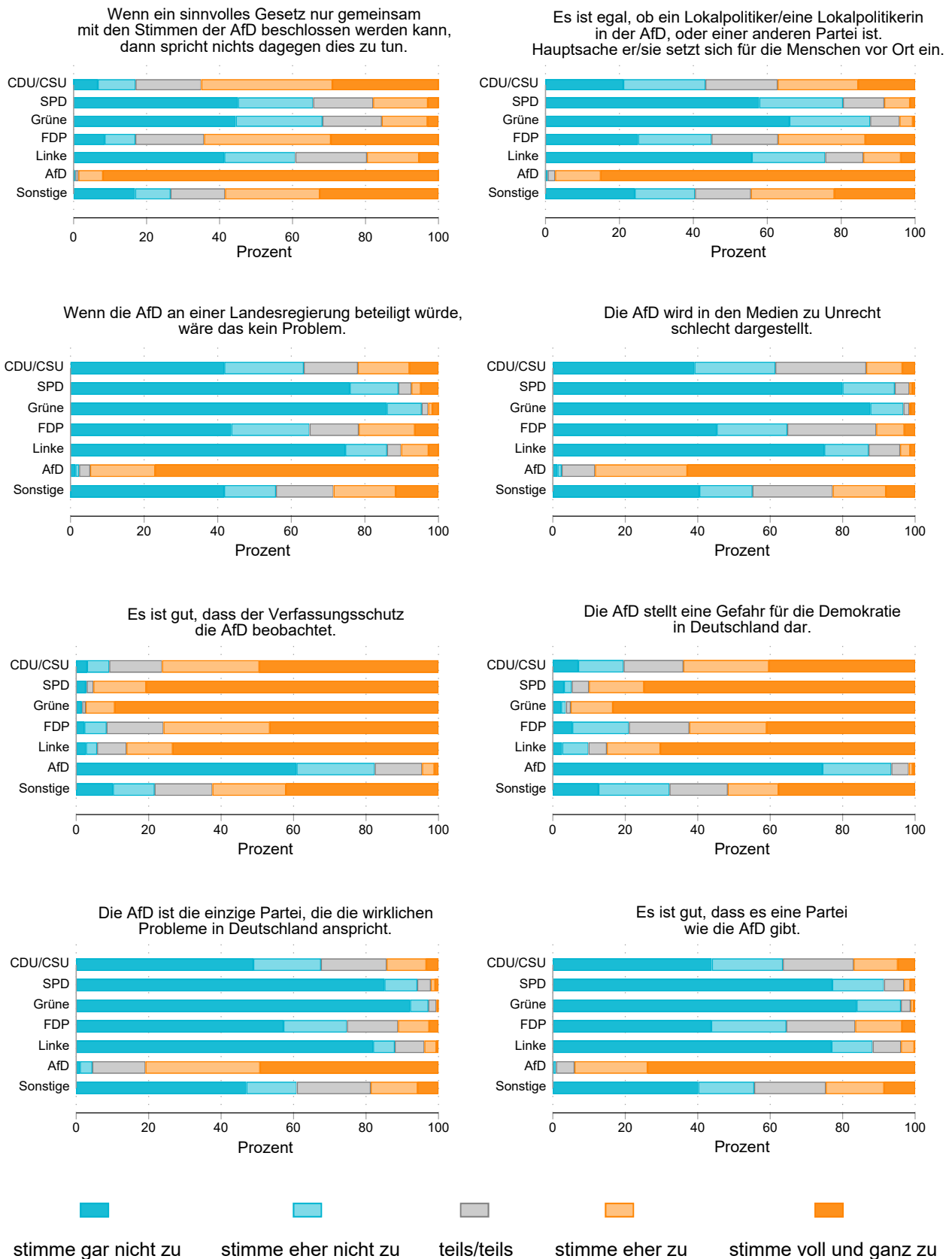


Abbildung 5.2: Verteilung der Antworten auf die Frage „Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen zur AfD?“ nach Geschlecht und Ost/West

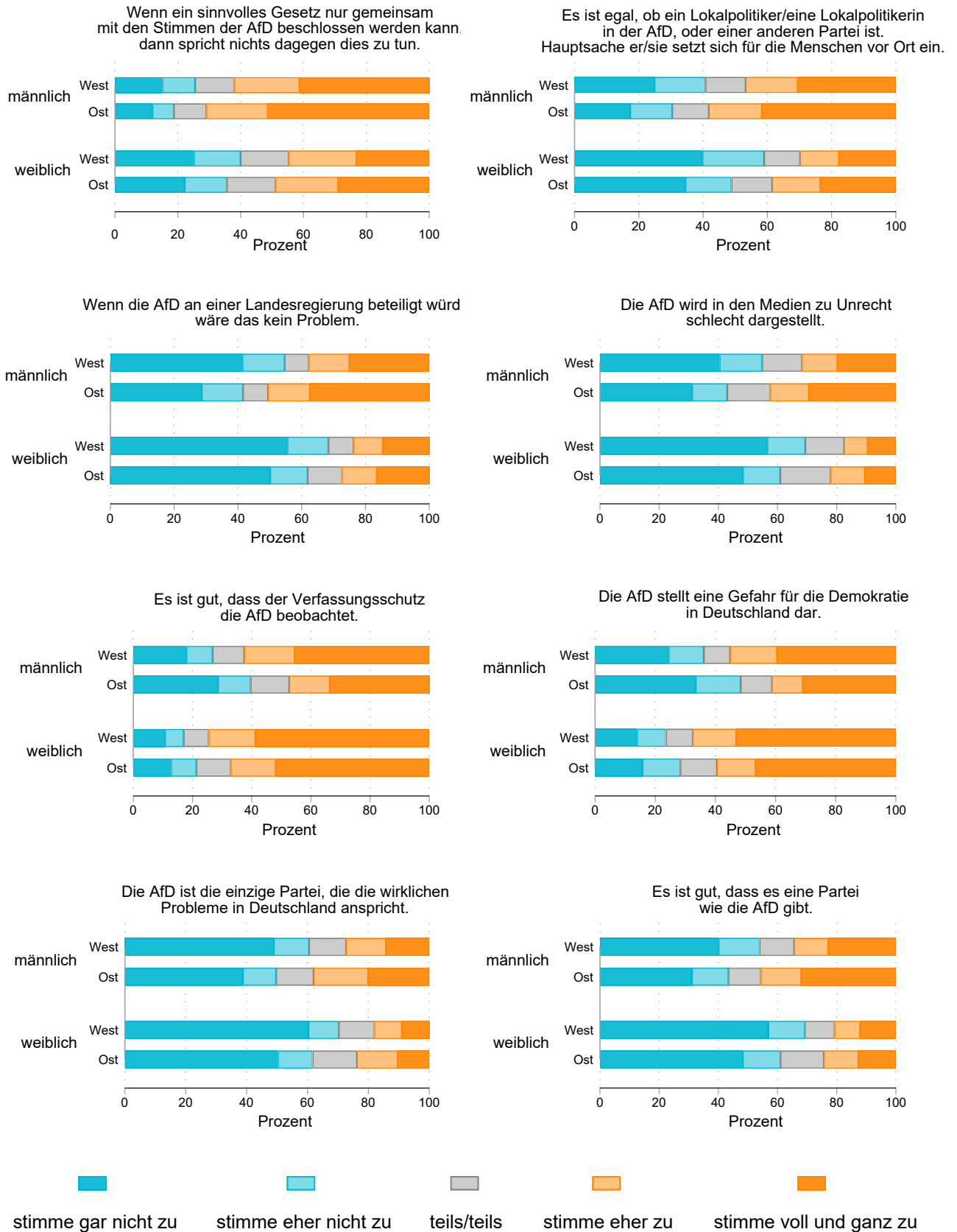
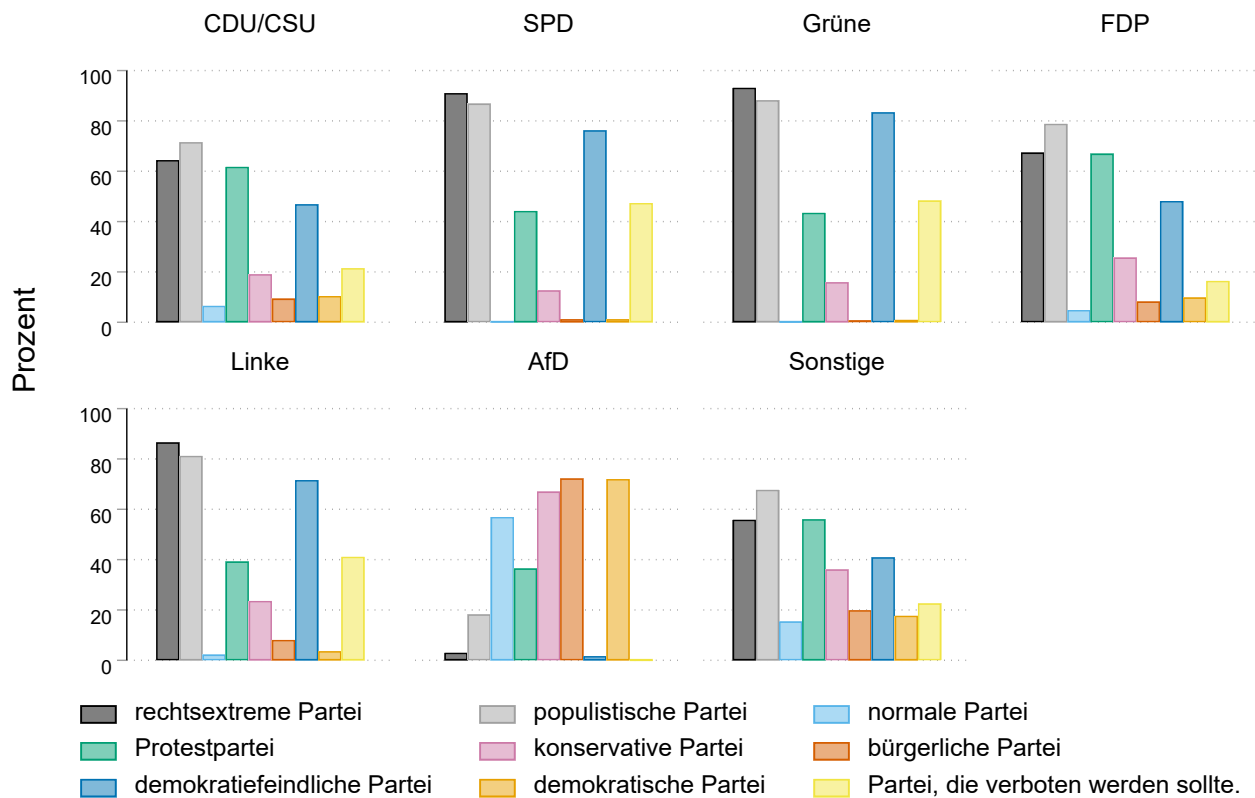


Abbildung 5.3: Verteilung der Antworten auf die Frage „Für mich ist die AfD eine...“ nach Sonntagsfrage



Ein extra Fragenblock beschäftigte sich mit Ansichten zur AfD. Neben den Anhänger/innen der AfD sind es vor allem diejenigen der Union sowie der FDP, die einer Zusammenarbeit mit der AfD am aufgeschlossensten gegenüberstehen (vgl. Abb. 5.1). So stimmen bei CDU/CSU und Liberalen jeweils etwa 65% der Aussage „Wenn ein sinnvolles Gesetz nur gemeinsam mit den Stimmen der AfD beschlossen werden kann, dann spricht nichts dagegen dies zu tun“ voll und ganz oder eher zu. Zudem stimmen mehr als ein Viertel der Aussage voll und ganz oder eher zu, dass die Parteizugehörigkeit einer Lokalpolitikerin/eines Lokalpolitikers egal sei, solange er/sie sich für die Menschen vor Ort einsetze. Interessant ist zudem, dass der Aussage „Die AfD ist die einzige Partei, die die wirklichen Probleme in Deutschland anspricht“ nicht nur AfD-Anhänger/innen sondern auch über 10 Prozent der Unions- und FDP-Anhänger/innen zustimmen.

Den höchsten Anteil an Zustimmung für Pro-AfD Aussagen haben tendenziell Männer, vor allem aus Ostdeutschland (vgl. Abb. 5.2). Ein Drittel aus dieser Gruppe findet es sehr gut, dass es eine Partei wie die AfD gibt. Unter den westdeutschen Frauen sind es hingegen nur etwa 12%. Fast 40% der ostdeutschen Männer stimmen zudem voll und ganz zu, dass es kein Problem wäre, wenn die AfD an einer Landesregierung beteiligt wäre. Hier wären es unter den westdeutschen Frauen etwa 18%.

Die Mehrheit der Anhänger/innen von CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP, Linke und Sonstige sind davon überzeugt, dass die AfD eine rechtsextreme und populistische Partei ist. Diese beiden Kategorien werden von allen Parteien außer der AfD selbst am häufigsten genannt. Während etwa 60% der Anhänger/innen von CDU/CSU, FDP und den sonstigen Parteien die AfD auch als Protestpartei sehen und nur knapp die Hälfte sie als demokratiefeindlich bezeichnen würde, sehen 75-80% der Anhänger/innen der SPD, Grüne und Linke sie als demokratiefeindlich. 40% der Anhänger/innen der Linke und etwa 45% der Anhänger/innen von SPD und Grünen sind der Meinung, dass die AfD verboten werden sollte; bei den Anhänger/innen von SPD und Grüne sind es knapp die Hälfte. Nur

die Anhänger/innen der AfD selbst sehen die AfD mehrheitlich als normale, konservative, bürgerliche und demokratische Partei.

**Abbildung 5.4:** Es wird darüber spekuliert, ob Sahra Wagenknecht eine eigene Partei gründen wird.



Bei der Frage danach, wie Teilnehmer eine *Wagenknecht Partei* für das politische System Deutschlands fänden, ist (unabhängig von der Parteizugehörigkeit) die dominante Antwortkategorie „weder gut noch schlecht“ – zwischen 30% und 40% der Teilnehmer sind unentschieden. Anhänger/innen der Linken, der sonstigen Parteien und vor allem der AfD haben am ehesten eine konkrete Meinung zu einer solchen potenziellen Parteineugründung. Diese drei Personengruppen sind im Vergleich zu den Anhänger/innen der übrigen Parteien einer Wagenknecht-Partei gegenüber grundsätzlich positiver eingestellt. Trotzdem sind es auch unter diesen 55–65%, die unentschieden sind, oder eine solche Parteineugründung eher bis sehr schlecht einschätzen würden.

Die Auswertung nach Geschlecht und Wohnort in West- bzw. Ostdeutschland zeigt, dass Befragte aus Ostdeutschland eine Wagenknecht Partei für das politische System Deutschlands tendenziell besser finden. Männern und Frauen unterscheiden sich bei dieser Frage hingegen nur marginal.

Insgesamt sind es unter allen Teilnehmenden 4 Prozent die es sich sehr gut und 11 Prozent, die es sich eher gut vorstellen können eine neue Wagenknecht-Partei zu wählen. Bei dieser Frage, zeigen sich allerdings deutlichere Unterschiede, als bei der generelleren Frage nach der Einstellung zu einer solchen Partei im Hinblick auf das politische System. Während im Schnitt 30 Prozent der Anhänger/innen der Linken und der AfD sich eher oder sehr gut vorstellen könnten eine Wagenknecht Partei zu wählen, sind dies unter den anderen im Bundestag vertretenen Parteien maximal 10 Prozent, insbesondere unter den Grünen-Anhänger/innen können sich nur sehr

weniger vorstellen eine solche Partei zu wählen. In Ostdeutschland hat eine potentielle Partei von Sahra Wagenknecht ein höheres Wählerpotenzial als im Westen. Unter den ostdeutschen Frauen können sich etwa 23 Prozent eher, oder sehr gut vorstellen eine solche Wagenknecht-Partei zu wählen.